

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

324

Wien, am 18. Dezember 1937.

## Wiener Bürgerschaft

Bericht über die Sitzung (Fortsetzung) vom 17. Dezember 1937.

Die Wiener Bürgerschaft setzte Freitag abends in öffentlicher Sitzung die Budgetberatung fort.

In der Generaldebatte spricht als nächster Redner RatDr. Ehrlich, der seiner besonderen Genugtuung darüber Ausdruck gibt, dass die Finanzen unserer Stadt sich in gesunder Lage befinden, dass die Stadtverwaltung sich nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lässt, dass auf dem Gebiete der konstruktiven Arbeitsbeschaffung so viel als nur möglich geleistet wurde und dass die Stadtverwaltung sich in ruhigen und gesunden Bahnen bewegt. Alles, was in Wien, in der Hauptstadt unseres Staates auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung geschehen ist, ist durch die Stadtverwaltung geschehen. Der Redner befasst sich dann mit der Frage der Möglichkeit eines Abbaues gewisser Zwecksteuern. Wenn wir uns die Frage aufwerfen, welche von den grösseren Steuern abgebaut werden können, so kommen wir leider darauf, dass wir die Frage nicht in positivem Sinne beantworten können. Insbesondere gelte dies für die Fürsorgeabgabe, von der, wenn sie schon da ist, wir nur wünschen müssen, dass sie sich in einer aufsteigenden Linie bewege. In Besprechung der Verordnung über Befreiungsmöglichkeiten von der Mietaufwandsteuer gibt der Redner die Anregung, dem Ermessen des Magistrates im Interesse der sittlich-religiösen Erziehung in Bezug auf Religionsgemeinschaften, religiöse Vereine und Schulen einen weiteren Spielraum einzuräumen. Zur Hebung des Fremdenverkehrs sind im Voranschlag grössere Summen vorgesehen. Redner bemerkt, dass, solange die Bundesbahnen die starre Kilometerpolitik aufrecht erhalten, an eine wirkliche Hebung des Fremdenverkehrs nicht zu denken, vom Fremdenverkehr sollten auch alle konfessionellen und rassischen Angelegenheiten fern gehalten werden. In dem grössten Touristenverein Oesterreichs bestehe seit Jahren der Arierparagraph und in der letzten Hauptversammlung hat die Leitung des Vereines es für notwendig befunden, zu erklären, dass dieser Paragraph nunmehr mit besonderer Rigorosität gehandhabt werde. Das mag eine freundliche Aufmerksamkeit gegenüber Gästen aus einem Nachbarbereich gewesen sein, ist aber nicht geeignet, den Fremdenverkehr zu heben.

Zur Besprechung der Personalpolitik übergehend, bedauert der Redner, dass die Zulassung von Juden in den Gemeindedienst nicht erfolgt. Solange unsere Verfassung konfessionelle Unterschiede nicht zulässt, bin ich berechtigt, darüber Beschwerde zu führen, dass Angehörige meiner Religionsgemeinschaft vom öffentlichen Dienst fern gehalten, wenn nicht gar ausgeschlossen bleiben. Unter 22.611 aktiven Angestellten und 13.608 Pensionisten befinden sich nach den mir zuteil gewordenen Informationen 54 Juden.

Zwischenruf: Wieviel befinden sich darunter Konfessionslose?

Vorsitzender Vizebürgermeister Lahr: Ich bitte, der Herr Rat Ehrlich hat das Wort.

Rat Ehrlich: Die Konfessionslosen sind bereits aus den Diensten der Gemeinde Wien entlassen worden und ich weine ihnen keine Träne nach. Der Anteil der Juden an den Dienstnehmern der Stadt Wien beträgt ungefähr ein Viertel Prozent. Man wird zugeben müssen, dass dieses Verhältnis weder unserer Zahl, noch der Steuerleistung, noch unserem Anteil an den sonstigen öffentlichen Lasten entspricht. Unter den 4.765 städtischen Lehrpersonen befinden sich nur zehn Juden. Von einem Jahr wurden an den Schulen Parallelklassen eingerichtet. Es gibt also auch jüdische Parallelklassen, jüdische Lehrer wurden nicht angestellt. Als besonders traurig bezeichnet Redner das Los der jüdischen Jung-Ärzte. An den Fondsspitalern ist diesen jüdischen Jung-Ärzten längst die Möglichkeit ihrer fachlichen Ausbildung vollständig genommen. Seit dem Jahre 1934 ist im städtischen Lainzer Spital mit einer Ausnahme kein einziger jüdischer Arzt, Hilfsarzt oder Aspirant ernannt worden. Die städtischen Anstalten werden künftighin keinen einzigen Aspiranten aufweisen, das gleiche gilt für die Kinderspitäler. Wir sind in der Frage für

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

die Existenz dieser jungen Menschen von grösster Sorge erfüllt. Auch unsere Jugend leidet unter den Verhältnissen, aber für sie sind tatsächlich sämtliche Türen und Tore verschlossen, und ich möchte an den Herrn Bürgermeister die Bitte richten, wenn er für die Jugend etwas tut, möchte er dafür sorgen, dass auch in das trostlose Dunkel der jüdischen Jugend etwas Licht hineinfällt. Die jüdische Bevölkerung von Wien und Oesterreich hat sich in loyaler Weise in die neue Ordnung eingegliedert ohne besondere politische Aspiration, ohne den Wunsch, irgendeine führende Stellung einnehmen zu wollen. Was wir aber haben müssen, ist etwas Lebensraum für uns und unsere Kinder.

Kollege Rat Rauch hat davon gesprochen, dass das Gewerbe unter unlauterem Wettbewerb viel zu leiden hat. Er hat hier Vizebürgermeister Kresse dafür gedankt, dass er den unlauteren Wettbewerb, die Schmutzkonzurrenz, bekämpft. Auch ich verurteile jeden unlauteren Wettbewerb, auch ich verurteile jede Schmutzkonzurrenz, und wenn mir vorgeworfen wird, dass der oder jener, der mir der Abstammung nach nahesteht, an solchen Dingen beteiligt ist, werde ich nicht auf ihn stolz sein. Herr Vizebürgermeister Dr. Kresse hat seine Agitation unter der Devise begonnen: Christen, kauft bei Christen! (Händeklatschen). Die Folge dieser Agitation war die Ausstellung des Gewerbes im 9. Bezirk, die unter dieser Devise eröffnet worden ist. Ob es nun heisst, Christen kauft nur bei Christen, oder ob das Wörtchen "nur" weggelassen wird, die jüdischen Gewerbetreibenden erblicken in dieser Parole und in ihrer Auswirkung den Boykott der jüdischen Gewerbetreibenden. Man hat gesagt, es sei notwendig, auch die christliche Bevölkerung daran zu erinnern, dass es christliche Gewerbetreibende gibt. Ich weiss nicht, ob es in Wien sehr viele gibt, die ein Geschäft nur deshalb aufsuchen, weil es in jüdischen Händen ist, und die nicht wissen, dass es auch in Wien christliche Geschäfte gibt. Sie sind schon durch die Agitation daran erinnert worden. Wozu dann noch die Ueberschwemmung von ganz Wien mit diesen Streuzetteln? Muss darin nicht der jüdische Gewerbetreibende eine schwere Schädigung seiner Interessen erblicken? Herr Vizebürgermeister Dr. Kresse hat nach Zeitungsberichten in der Ausstellung erklärt, dass die Gewerbetreibenden, und hier meinte er die, die durch ihn vertreten sind, wissen, was sie dem Vaterland schuldig sind. Ich bestreite das nicht, aber ich habe den Wunsch festzustellen, dass auch die jüdischen Gewerbetreibenden wissen, was sie dem Vaterlande schuldig sind, dass sie ihre Pflichten dem Vaterlande gegenüber immer erfüllen und auch künftig erfüllen werden. Man sagt uns, der und jener habe das und jenes begangen. Warum macht man uns aber nur für unsere Lumpen verantwortlich? Wenn jemand von uns eine Uebeltat begeht, wird die auf unserem Schuldkonto genau registriert. Aber unsere gemeinnützigen Leistungen, unsere Leistungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Kultur, der Literatur, des Handels, der Industrie und des Gewerbes, die verschwinden auf dem Konto der Allgemeinheit. Deswegen bitte ich Sie, dass Sie von Pauschalbeschuldigungen abschen mögen. Ich habe von diesen unangenehmen Erscheinungen gesprochen, weil ich glaube, dass sie zum grossen Teile aus unserer Zeit heraus zu erklären sind, aus unserer krisenhaften Zeit, in der wir geneigt sind, einen Nebenmenschen Unrecht zu tun. Aber ich glaube, wir werden aus dieser krisenhaften Zeit herauskommen, wir werden in gemeinsamer Arbeit das Tempo des Aufbaues beschleunigen können. Unsere Budgetverhandlungen sind ein Stück Optimismus, und ich hoffe, dass dieser tüchtige, gesunde, weitaus blickende Bürgersinn uns über alle moralischen und materiellen Fährlichkeiten dieser schweren Zeit zum Wohle dieser Stadt hinwegführen wird.

Rat Friedl kommt auf die Ausführungen des Vorredners zu sprechen und sagt: Als Herr Vizebürgermeister Dr. Kresse in der grossen Versammlung die Parole ausgegeben hat, die hier so kritisiert wurde, hat er es als ein pflichtbewusster Vertreter des Gewerbestandes in Wien, und zwar deshalb getan, weil er zu diesen Aeusserungen durch eine Reihe von Vorkommnissen veranlasst wurde. Es hat eine Reihe von Beschwerden gegeben, dass die Judenschaft in letzter Zeit es systematisch darauf angelegt hat, ihre Einkäufe in erster Linie bei Juden zu decken. Der Herr Vizebürgermeister Dr. Kresse hat die Beweise dafür aufgezeigt. Es wurden Flugzettel ausgegeben im Sinne "Jü-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III<sup>tes</sup> Blatt

Wien, am .....

dische Eltern, kauft bei Juden". Es sind immer wieder Beschwerden an die Leitung des Gewerbebundes gelangt, die um Abhilfe ersucht haben. Ich selbst bin auch in der Lage, hierfür Beweise zu erbringen. Sie werden es nun erklärlich finden, wenn der christliche Gewerbestand von solchen Systemen bedroht wird, dass ein Führer des Gewerbestandes es für notwendig findet, Abhilfe zu schaffen. Er würde seine Pflicht nicht erfüllen, wenn er es nicht täte. (Lebhafter Beifall). Der Herr Vizebürgermeister hat deutlich gesagt, wen diese Anschuldigungen angehen, und ich muss mein Befremden ausdrücken, dass ein Vertreter dieses hohen Hauses gerade diese so deutlich gekennzeichneten Menschen vertritt und in Schutz nimmt. Wir geben ohne weiteres zu, dass es unter den Juden eine grosse Zahl von sehr anständigen Menschen gibt, wir geben auch zu, dass es unter den arischen Menschen solche gibt, mit denen wir nicht einverstanden sind, aber es ist merkwürdig, dass von jüdischer Seite ihre minderwertigen Elemente in Schutz genommen werden. Unsere Aktion war eine Selbsthilfeaktion und die Konsequenz war, dass auf Herrn Vizebürgermeister Dr. Krosso Angriffe in ganz ungehöriger Weise erfolgten. Die Ausstellung war eine Folge der schamlosen Agitation, die gegen unseren Führer ins Werk gesetzt wurde. Wir können ruhig behaupten, es gibt auf der ganzen Welt kein toleranteres Volk als die Oesterreicher (lauter Beifall) und in ganz besonderer Weise die Wiener, denn, wenn dies nicht so wäre, würde das Wirtschaftsbild in dieser Stadt ein ganz anderes Gesicht haben. Redner kommt sodann darauf zu sprechen, dass die Fremdenverkehrspropaganda auch dafür sorgen sollte, dass die Bevölkerung aus den Bundesländern nach Wien kommt, und wendet sich dann der Schulfilmfrage zu. In anderen Ländern wird diesem Bildungsmittel ein besonderes Augenmerk zugewendet. Redner möchte daher den Wunsch aussprechen, dass die Gemeinde Wien eine Zentralstelle hierfür schaffe, und es möge die Bürgerschaft prinzipiell dazu ihre Zustimmung geben.)

Der Redner bemerkt, man möge auf der Strassenbahn Kinder nicht nach dem genauen Körpermass einschätzen, sondern nach dem Alter vorgehen. Ueberhaupt sollte jedes schulpflichtige Kind mit einer Schülerlegitimation betheilt werden und bei Fahrten auf der Strassenbahn diesen Kindern der Schülerfahrpreis, bzw. der Fahrpreis der für Kinder unter 1'30 Meter eingehoben wird, angerechnet werden. Eine solche Neueinführung würde nach Anschauung des Redners keine Verringerung der Einnahmen ergeben. Zur Lehrlingsfrage übergehend erklärt Redner, dass 40 Prozent der Gewerbetreibenden heute unter dem Existenzminimum leben, sie verdienen durchschnittlich 200 Schilling im Monat, und da ist es doch unmöglich, dass sie davon dem Lehrling mit 4 Lehrjahren den im Kollektivvertrag vorgesehenen Monatslohn von 100 Schilling bezahlen. Die Gemeindeverwaltung möge dem Gewerbe und der Industrie beistehen, damit sie wieder mehr Lehrlinge einstellen können.

Rat Morawetz begrüsst als Vertreter des Handwerkes das grosse Arbeitsbeschaffungsprogramm der Stadtverwaltung und insbesondere das vorgesehene Ausmass von Aufträgen an das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe. Im Interesse der arbeitslosen Jugend wünscht er eine aktive Förderung der Lehrlingsunterbringung im Gewerbe, durch entsprechende schrittweise oder teilweise Erleichterungen im Abgabewesen. Redner lenkt die Aufmerksamkeit auf Misstände auf dem Gebiete des Heimarbeitswesens und wendet sich gegen die Schmutzkonkurrenz branchenfremder Elemente, deren Betätigung nicht nur eine Schädigung für Gewerbe, Handel und auch Industrie bedeutet, sondern, sowohl auf lohnpolitischem Gebiete als auch hinsichtlich des Achtstundentages und der Umgehungen der Gewerbeordnung und der sozialen Lastenvorschriften einen Hohn und Spott gegen die sozialen Gesetze Oesterreichs darstellt (Lebhafte Zustimmung). Diese Kreise zahlen den Heimarbeitern einen Stundenlohn von 20 bis 30 Groschen bei 16stündiger Arbeitszeit (Hört-Hörtrufe). Der Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es im Rahmen des berufsständischen Aufbaues durch Zusammenarbeit aller interessierten Kreise gelingen werde, solche Misstände und Missbräuche durch kollektive Massnahmen auszumarzen und den arbeitenden Menschen wenigstens das Existenzminimum

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am .....

zu sichern (Beifall). Nachdem der Redner noch gewisse Schwierigkeiten und Wünsche auf dem Gebiete des gewerblichen Kreditwesens zur Sprache gebracht hatte, dankte er dem Führer des Wiener Gewerbes Vizebürgermeister Dr. Kresse für dessen Bemühungen zur Förderung des Messe- und Ausstellungswesens in Wien, insbesondere aber dafür, dass es gelungen ist, das Interesse auch des internationalen Publikums für die Leistungen des Wiener Kunst- und Geschmacks gewerbes zu steigern (Beifall). Der Redner befasst sich sodann mit einzelnen Vorkommnissen in der textilverarbeitenden Branche und wendet sich gegen die Ueberproduktion, gegen Schleuderpreise und Ausbeutung von Heimarbeitern. Wenn sich bei der Wiener Bevölkerung eine gewisse Unmut zeige, so wurde diese nicht etwa durch konfessionelle Unterschiede hervorgerufen, sondern durch eine bestimmte Sorte von Menschen, die es sich nicht nehmen lassen wollen, den Arbeitern nicht den gerechten Lohn zu zahlen. Das bodenständige Wiener Gewerbe hindert niemand daran, an der ehrlichen Aufbauarbeit in unserer Stadt mitzuwirken, aber es wehrt sich gegen die erwähnten Methoden der reinen Profitgier (Beifall).

Rat Frumolt polemisiert gegen die Ausführungen des Rates Dr. Ehrlich hinsichtlich der jüdischen Jugend in Wien und teilt mit, dass von 4.200 Speisekarten, die täglich ausgegeben werden, die jüdische Jugend 180 Stück, das sind nicht ganz 5 Prozent bekomme. Er regt an, dass Rat Dr. Ehrlich die Zahl der christlichen und der jüdischen Aerzte an den Wiener Krankenkassen vergleichen möge, um festzustellen, dass die Anzahl der jüdischen Aerzte in gar keinem Verhältnis dem Anteil der jüdischen Bevölkerung an unserer Bevölkerungszahl entspricht. Er möge auch die Anzahl der beim Gewerbegericht beklagten Parteien und der diese vertretenden Juristen in Betracht ziehen, um bei sachlicher Beurteilung zu verstehen, dass es nicht angeht, zuerst gegen die christliche Bevölkerung loszugehen, und wenn diese sich verteidigt, ihr Vorwürfe zu machen (Beifall). Auch die Aktion Christen kauft bei Christen habe nichts mit Rassenhass oder Konfessionshass zu tun (Sehr richtig). In Oesterreich sind zu solchen Annahmen, Vorwürfen und Beschwerden nicht die geringsten Anlässe vorhanden (Beifall).

Rat Effenberger erklärt sich den Ausführungen der unmittelbaren Vorredner anzuschließen, wonach der österreichische Gewerbebund in Wien wie ein Mann geschlossen hinter seinem Führer steht. (Lebhafter Beifall). Eine weitere Ausführung über diesen Teil erübrigt sich. Zur Frage der Lehrlingsbeschäftigung sei zu sagen, dass vor allem das Lehrlingsentgelt in vielen Fällen zu hoch sei. Der Gewerbetreibende gebe gerne, was gebührt, aber einzelne Branchen haben Leistungen zu erfüllen, die über das erträgliche Mass hinausgehen. Beispielsweise kostet im Bäckereigewerbe ein Lehrling weit mehr als in anderen Gewerben. Zu dem Lehrlingsentgelt kommen noch die Ausgaben für Sozialversicherung, die Fürsorgeabgabe, die Unkündbarkeit eines Lehrvertrages und die Behaltspflicht. Eine Reform auf diesem Gebiete erscheine dem Redner unerlässlich. Gewiss sei ein Zeichen der Besserung merkbar. Trotz der Wirtschaftsnot bemühen sich Gewerbetreibende, mehr Lehrlinge einzustellen, und man kann konstatieren, dass im Vorjahre in Wien um über tausend Lehrlinge mehr eingestellt worden sind als in dem vorvergangenen Jahr. Als wichtig bezeichnet Redner die Frage der Altersversicherung im Gewerbe. Die zuständigen Führer seien aufrichtig und ehrlich bemüht, sie zu schaffen, doch müsse auch die Öffentlichkeit mithelfen, denn es gehe nicht an, dass bejahrte Gewerbetreibende, solche die über 70 Jahre alt sind, noch aktiv tätig sein müssen. Als Vertreter des Provisionierungsgewerbes fühle sich Redner verpflichtet, die Leiden dieses Zweiges aufzuzeigen. Hier sei der Konsumrückgang, insbesondere in lebenswichtigen Artikeln, ausserordentlich bedeutend. Teilweise sei daran schuld, das Fehlen der Verzehrungssteuer. Der Wiener Markt werde vielfach vom Land her mit Brot und Fleisch, das mit niedrigen Löhnen erzeugt worden ist, derart übersättigt, dass dem Wiener Gewerbe nur ein Bruchteil dessen übrig bleibt, was er früher hatte. Redner wünscht eine Aenderung in der Praxis der Arbeitsvermittlungsämter dahingehend, dass zunächst die Ausgesteuerten und erst nach ihnen jene bei Vermittlungen zum Zuge kommen sollen, die noch im vollen Genuss der Arbeitslosenunterstützung stehen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

Zum Schlusse wünscht der Redner eine gleichmässige gerechte Regelung der Feiertagsfrage unter Bedachtnahme auf sämtliche Wirtschaftskreise (Beifall).

In seinem Schlusswort hebt der Berichterstatter Senatsrat Dr. Leppa entgegen den Wünschen nach Steuerermässigungen hervor, dass schon der Herr Bürgermeister auf die beengte Finanzlage der Stadt Wien sowie auf den Umstand verwiesen habe, dass der Voranschlag keine Reserven aufweist. Er erwidert sodann auf zahlreiche in der Debatte gestellte Anfragen und erklärt, dass Steuerwünsche nur in dem Ausmasse berücksichtigt werden können, wie es in seinen Anträgen zu den schon beschlossenen Gesetzesvorlagen vorgesehen ist. Die Steuereingänge und die Einnahmengestaltung der Stadt haben sich ziemlich stabilisiert, weshalb für 1938 mit bedeutenden Mehreinnahmen nicht mehr zu rechnen ist.

Damit ist die Generaldebatte erledigt und es wird in die Spezialdebatte eingegangen.

referiert  
Hornek über das Kapitel "Allgemeine Verwaltung", worüber wir bereits berichtet haben.

Obersenatsrat Dr.

Vizebürgermeister Dr. Kresse bespricht in ausführlicher Weise den Fremdenverkehr in Wien. Die Anzahl der Besucher Wiens nahm erfreulicherweise vom Jahre 1934 angefangen merkbar zu. Im Jahre 1937 bis einschliesslich November betrug die Zahl der Besucher Wiens insgesamt 435.115, so dass damit gerechnet werden kann, dass das Ergebnis des Jahres 1932 mit 435.932 Besuchern um ein Wesentliches übertroffen wird. Dies darf umso mehr mit Befriedigung erfüllen, als die mannigfachen Hindernisse, die dem Reiseverkehr aus dem Auslande entgegenstehen, nicht zuletzt solche auf dem Gebiete der Valutenbeschaffung, wahrlich nicht geringer geworden sind. So erfreulich die Gesamtentwicklung des Fremdenverkehrs in Wien ist, so geben doch die Ziffern des Reiseverkehrs der Inländer nach Wien zu schweren Bedenken Anlass. Die Zahl dieser Reisenden sinkt seit dem Jahre 1930 bis einschliesslich 1936 in einem ganz besonders auffallenden Masse. In der Zeit vom November 1929 bis Oktober 1930 betrug die Zahl der Inlandreisenden 209.397, während in der Zeit vom November 1935 bis Oktober 1936 nur mehr 119.861 Inlandreisende nach Wien gezählt werden konnten. Der Rückgang beträgt nahezu 50 Prozent. Dagegen zeigt sich bei Gegenüberstellung der Zahl der Wiener in den Bundesländern in den gleichen Zeitabschnitten ein beträchtliches Ansteigen. Waren es in dem genannten Zeitabschnitt 1929 bis 1930 1.153.758 Wiener, die die Bundesländer besuchten, so ist ihre Zahl in dem gleichen Zeitabschnitt 1935 bis 1936 auf 1.235.816 gestiegen. Im Jahre 1936 zeigte sich also, dass die Anzahl von Wienern, die die Bundesländer aufgesucht haben, rund das Zehnfache der Zahl der Besucher aus den Bundesländern betrug. Die Wiener stellten in den Bundesländern nahezu die Hälfte der gesamten Fremden. Wenn trotzdem die Gesamtzahl der Fremden in Wien gestiegen ist, dann kann dies nur dem erfreulichen starken Anwachsen des Fremdenverkehrs aus dem Auslande zugeschrieben werden. Insbesondere sind an diesem Zuwachs die Westeuropäischen Staaten und Amerika beteiligt.

In der Zeit vom 1. November 1935 bis 31. Oktober 1936 wurden in Wien 2.827.400 Uebernachtungen festgestellt. Schätzungsweise beträgt davon die Zahl der Inländerübernachtungen sechs Prozent, also 169.444. Rechnet man nun noch die Uebernachtungen der aus dem Inland kommenden Studenten in Wien, so ergeben sich 940.000 Uebernachtungen dazu, also insgesamt eine Inländerübernachtungsziffer von 1.109.444. Wertet man die Uebernachtung - das ist Quartier, Verpflegung und Einkauf (stiller Export) - eines Ausländers mit dem Betrag von 30 Schilling, die Uebernachtung eines Inländers mit 15 Schilling und die eines Studenten mit 5 Schilling, so ergibt sich die Summe von 86.980.340 Schilling. Dies ist gleichsam das Aktivum der Wiener Fremdenverkehrsbilanz. Als Passivum stehen die Auslagen der Reisen der Wiener in die Bundesländer und in das Ausland gegenüber, die mit einem Gesamtaufwand von 91.585.500 Schilling angenommen werden können. Es zeigt sich also, dass Wien eine passive Fremdenverkehrsbilanz im Verhältnis zu den Bundesländern besitzt. Wien gibt praktisch nicht nur seine gesamten Einnahmen aus dem ausländischen und inländischen Reiseverkehr an die Bundesländer ab, sondern darüber hinaus

# RATHAUSKORRESPONDENZ

VI. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am .....

aus anderen Einnahmen noch einen Betrag von einigen Millionen Schilling. Wir dürfen hoffen, dass unsere Massnahmen, die sich auf die Verdichtung des Reiseverkehrs aus den Bundesländern nach Wien beziehen, in den Bundesländern Verständnis und Förderung finden werden.

Die Werbung vollzieht sich einerseits durch "Information", andererseits durch "Suggestion". Bei der Auswahl der Werbemittel müssen diese beiden Richtlinien entsprechend beachtet werden. Das Prospektmaterial dient in erster Linie der informativen Propaganda, gleichzeitig kann aber auch durch die Aufmachung der Broschüre eine suggestive Propaganda gemacht werden. Die Werbeschriften gehen nicht nur in die europäischen Länder, sondern nach einem sorgfältig erstellten Verteilungsplan in die ganze Welt. Der suggestiven Propaganda dient die auswärtige Vertretung der Fremdenverkehrsstelle in Budapest und in Nizza. Ueber freundliche Milheifer verfügt die Fremdenverkehrsstelle auch in Batavia und in San Paola und bespricht die Werbungen, die im Ausland selbst durchgeführt werden. Diesen Bemühungen ist es zu verdanken, dass im Jahre 1937 nicht weniger als 23 grosse Internationale Kongresse in Wien abgehalten wurden. Auch das Jahr 1938 lässt eine rege Kongressstätigkeit in Wien erwarten. Sehr erspriesslich gestalten sich die Beziehungen der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien in Innsbruck und der dort vor einiger Zeit ins Leben gerufenen Vereinigung der Freunde Wiens, die bereits eine rege Tätigkeit entfaltet. Von besonderer Bedeutung ist die Vortragstätigkeit, die im Auftrage der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien seit 1935 durch einen Beauftragten in vielen Orten Oesterreichs entfaltet wird. Von Jänner bis Oktober des heurigen Jahres wurden nicht weniger als 895 solche Vorträge gehalten. Auch Spezialwerbeaktionen, wie auch Plakatierungsaktionen werden in den Bundesländern, namentlich für den Wiener Fasching und für die Festwochen in Wien durchgeführt. Mit dem V.F. Werk "Neues Leben", das ja viele Wiener in die Länder führt, wird im Interesse der Belebung des Reiseverkehrs nach Wien enge Führung gehalten. Der in Durchführung begriffene Schaufensterwettbewerb der österreichischen Verkehrswerbung wurde auch von der Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien gefördert, sofern die teilnehmenden Büros auch Wiener Material ausstellen. Alle inländischen Reisebüros, Bureaus und sonstigen in Betracht kommenden Stellen sind ausreichend mit Werbematerial versehen. Bei der Programmstellung für den Fasching und die Wiener Festwochen wird besonders darauf geachtet, dass die Veranstaltungen eine gewisse Anziehungskraft auf die Bevölkerung der Bundesländer ausüben.

Mit besonderem Nachdruck hebt Vizebürgermeister Dr. Kresse hervor, dass die Bemühungen zur weiteren Steigerung des Inlandreiseverkehrs im kommenden Jahre noch verstärkt werden sollen. Allerdings bilden die verhältnismässig hohen Reisekosten eine wesentliche Schwierigkeit, die sich der Verstärkung des Reiseverkehrs aus den Bundesländern nach Wien entgegenstellt. Der bereits vor zwei Jahren im Einvernehmen mit den österreichischen Bundesbahnen eingeführte Wiener Begünstigungsnachweis hat, wie eine steigende Verwendung zeigt, zweifellos Anklang gefunden. Dennoch ist der Fahrpreis nach

Wien, insbesondere die grossen Entfernungen zwischen Wien und den westlichen Bundesländern, ein überaus hoher. Die Bemühungen der Bundesbahnverwaltung, Abhilfe zu schaffen, verdienen gewiss volle Anerkennung. Dennoch ist für die Entfernungen über 50 Kilometer noch eine wirksame Förderung notwendig, da die allgemeinen Reisebegünstigungen mit 25 Prozent für Entfernungen von 80 bis 350 Kilometer und von 30 Prozent über 350 Kilometer, und zwar für die Hin- und Rückfahrt leider noch nicht ausreichten, um einen regeren Reiseverkehr zu ermöglichen. Eine Abhilfe wird vielleicht in der Einführung regelmässig laufender Verkehrsverwaltung-Sonderzüge geschaffen werden können. Vizebürgermeister Dr. Kresse richtet an die österreichischen Bundesbahnen das ebenso dringliche, wie sachlich begründete Ersuchen, der Verbilligung der Fahr-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am.....

preise auf den Strecken zwischen Wien und den Bundesländern gelegenen Stationen ihr besonderes wohlwollendes Augenmerk zuzuwenden, da es sich für ahrhaftig um eine für die Wirtschaft Oesterreichs ausserordentliche bedeutungsvolle Frage handelt. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, dass sich die Zahl der Autoreisenden nach Wien ständig vermehrt. Daran mögen auch vielleicht bis zu einem gewissen Grad die hohen Bundesbahntarife schuld tragen. Jedenfalls haben die anerkannten Leistungen der Stadtverwaltung, vor allem die Ausgestaltung der Strassen und Verkehrswege in Wien, besonders die Schaffung der Höhenstrasse, der Wientalautostrasse und die Durchführung verkehrssichernder Massnahmen in der Stadt den Anreiz der Automobilisten, nach Wien zu fahren, wesentlich gestärkt. Da die Motorisierung des Verkehrs in der ganzen Welt stets noch zunimmt, ist es auch Aufgabe jeder Fremdenverkehrswerbung, den Autoreisenden besondere Berücksichtigung zu schenken. Vizobürgermeister Dr. Kresse richtet zum Schluss seiner Ausführungen den Appell an alle Erwerbstätigen, deren Beruf sich in irgendeinem Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr steht, die Werbetätigkeit der öffentlichen Hand durch Privatinitiative und private Werbetätigkeit zu unterstützen und mitzuhelfen, damit die einzelnen Werbetätigkeiten planmässig zusammengefasst werden können (Beifall).

Rat Dr. Trautzl lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer Vermehrung der Schulfilmvorführungsapparate an den Wiener Haupt- und Volksschulen. Während z. B. in Steiermark bereits 40 Schulkinos vorhanden sind, verfügen die städtischen Schulen in Wien nur über 2 solche Einrichtungen. Es würde wohl gehügen, wenn für die nächste Zeit 30 Vorführungsapparate für die Wiener Schulen beschafft werden könnten, womit auch der Arbeitsbeschaffung gedient wäre, da in Oesterr. ich mustergültige Vorführungsapparate erzeugt werden.

Rat Rauch bittet um Ermöglichung eines baldigen Abschlusses der Absiedlungsverhandlungen für Gewerbetreibende und Handelstreibende in Bretoldorf.

Rat Nathsläger ersucht um Bereitstellung eines entsprechenden Beförderungsmittels für Schulkinder am Laaerberge, die gegenwärtig einen weiten und ungeschützten Schulweg zur Schule am Hebbelplatz zurücklegen müssen (Beifall). Der Redner wünscht eine Lösung der Frage der seinerzeit angekündigten Unterbringung der städtischen Sammlungen in einem zentralen Museumsgebäude, da dies schon vom Gesichtspunkte des Fremdenverkehrs wünschenswert wäre. Innerhalb dieses zentralen städtischen Museums sollte auch das im 4. Bezirk in der Schäfergasse untergebrachte Dr. Karl Lueger-Gedächtniszimmer übersiedelt werden.

In einem Schlusswort erklärt Obersenatsrat Dr. Hornek, dass die Anregungen des Rates Dr. Trautzl bezüglich Schulfilmvorführungsapparate der zuständigen Magistratsabteilung und dem Stadtschulrat zur gemeinsamen Erledigung zugewiesen werden. Der Wunsch der Eltern der Laaerberger Schulkinder um ein entsprechendes Beförderungsmittel zur Schule Hebbelplatz wird dank einer bereits erfolgten Weisung des Herrn Bürgermeisters unmittelbar nach den Weihnachtsferien erfüllt werden, indem ihnen ein Autobus zur Beförderung zur Schule und wieder nach Hause zur Verfügung stehen wird. (Beifall). Bezüglich der Unterbringung der städtischen Sammlungen im Hause der einstigen Bodenkreditanstalt wurden sowohl in der Frage der Aufstellung eines städtischen Museums als auch der notwendigen Adaptierungen genaueste Studien durchgeführt. Dermalen konnte jedoch noch keine Entscheidung darüber getroffen werden, welche Projekt zur Ausführung gelangen soll. Der Herr Bürgermeister dürfte hierüber in absehbarer Zeit weitere Mitteilungen machen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am.....

Obersenatsrat Dr. Maly berichtet über das Kapitel "Wohlfahrtsamt" und stellt fest, dass die Gesamtausgaben des Wohlfahrtsamtes 29 Prozent des Gesamtausgabenbudgets betragen. Der Ansatz 1938 für Familienschutz und Familienfürsorge ist um 400.000 S höher als die Gebühr für das Jahr 1936; es werden in erster Linie kinderreiche Familien befürsorgt, insbesondere die Bewohner der Familienasyle. Ueber tausend Wohnungen sind dort schon hergestellt und zum grössten Teil bezogen; dort befinden sich etwa 3000 Kinder. Eine besondere Aufgabe ist die Weckung des Familiensinns und die seelische Beeinflussung, selbstverständlich auch eine erzieherische Einwirkung. Das innige Zusammenarbeiten der öffentlichen mit der privaten Fürsorge wird im nächsten Jahr noch weiter ausgestaltet werden.

Bezüglich der Arbeitslosigkeit in Wien ist festzustellen, dass sich im abgelaufenen Jahr zur Vermittlung um 11.753 weniger Stellenansuchende angemeldet haben und um 5590 Personen mehr vermittelt werden konnten.

Zwei grosse Aktionen, die von der Stadt Wien subventioniert werden, sind dazu bestimmt, den Gefahren der Verlotterung und des Müsigganges der Jugend zu begegnen, vor allem die Aktion "Jugend in Not" und der Verein "Jugend in Arbeit", der die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes besorgt.

In der offenen Armenfürsorge steigen die Erhaltungsbeiträge von Jahr zu Jahr. Ursache sind die Ueberalterung der Bevölkerung, Einbeziehung eines Teiles selbständiger Erwerbenden in die Armenfürsorge und die Neuregelung auf dem Gebiete der Sozialversicherung der Arbeitslosenfürsorge.

Frau Rat Wolfring dankt dem Wohlfahrtsamte und dem Bürgermeister von ganzem Herzen für alle Massnahmen, die auf dem Gebiete der Mütter- und Familienfürsorge von der Gemeinde Wien getroffen worden sind. Sie dankt aber auch jenen Ungenannten und vielfach Unbekannten im Dienste der Familienfürsorge, den Fürsorgerinnen, die Jahraus Jahrein mit der bittersten Not Fühlung nehmen und aus mütterlichem Herzen heraus sich bemühen, die Not zu lindern. Mit dem Hinweis darauf, dass der Bürgermeister im Jahre 1938 besonderen Wert auf die Erfassung und Betreuung der Jugend legen wird, weist Rädnerin darauf hin, dass neben der Linderung der Not der Jugend auch auf eine erhöhte Berufsausbildung der arbeitslosen Jugend hingearbeitet werden muss. Man muss den jungen Leuten in den Werkkursen neben der Berufsausbildung auch die Erkenntnis beibringen, dass nur der Tüchtige im Leben etwas erreicht. Rädnerin wendet sich sodann an die Arbeitgeber, dass sie auch dem Beispiele der positiven Familienpolitik der Gemeinde Wien folgen und sich mit dem segensreichen Gedanken des Familienlohnes befreundeten. Mögen. Die Familienpolitik müsse sich in allen Kreisen durchsetzen. Ein jeder, der mitverantwortlich ist, muss aktive positive Familienpolitik betreiben, ehe es zu spät ist.

Rat Nathschläger spricht die Bitte aus, dass mit Stipendien und Schulgeldaushilfen besonders die Kinder von Arbeitern entsprechend beteiligt werden, denn bei den jetzigen Verhältnissen können sich die Arbeiterkinder in den wenigsten Fällen ein Studium, das sie zur akademischen Bildung führt, erlauben. Gerade das sei sehr wesentlich von dem Standpunkte aus, dass es eine grosse Gefahr für unser Oesterreich bildet, wenn die Bildung nur einer bestimmten Intelligenzschichte vorbehalten bleibt und es ausgeschlossen ist, dass auch die Kräfte von unten hinaufkommen.

Rat Ing. Hofbauer spricht über die Lehrlingsfrage und sagt, dass viele Bedenken, die im Laufe der Debatte ausgesprochen wurden, durch das Berufsberatungsamt, das heute eine beispielgebende Einrichtung geworden ist, ausgemärzt werden könnten. Die Aufgabe dieses Amtes ist es, dafür zu sorgen, dass

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am .....

junge Menschen nicht in Berufe gedrängt werden, zu denen sie <sup>keiner</sup> Eignung haben. Trotz zehnjähriger Anstrengungen dieses Amtes ist die Tatsache seines Bestandes noch nicht so in alle Kreise gedrungen, wie es zu wünschen wäre. Der Gewerbeverband der Stadt Wien, und dafür sei seinem Obmann Vizebürgermeister Dr. Kresse aufrichtig gedankt, befasst sich bereits damit, die Gewerbekreise damit bekannt zu machen. Redner stellt zum Schlusse seiner Ausführungen fest, dass in den letzten Jahren die Qualität der Schulentlassenen bedeutend gestiegen ist, dafür gebühre der Lehrerschaft aufrichtiger Dank.

Rat Kastl sagt, dass der Voranschlag für das Wohlfahrtswesen auf 100 Millionen S gestiegen ist, zeige , dass die Stadt Wien nicht auf Kosten der Armen spart und dass es keine andere Stadtverwaltung gibt, die sozialer denkt und arbeitet als die Stadt Wien. Der Geist, in dem das Wohlfahrtsamt geführt wird, ist der Geist der Menschenfreundlichkeit und Nächstenliebe. Es ist nicht nur ausschlaggebend, was gegeben wird, sondern wie es gegeben wird. Er schliesse sich daher dem Danke an den Bürgermeister für die Tätigkeit des Wohlfahrtswesens unter Leitung des Obersenatsrates Dr. Maly aus vollem Herzen an. Aber auch jedem einzelnen Fürsorgeorgan und den ehrenamtlichen Funktionären gebühre voller Dank. Redner möchte daher anregen, dass die Stadtverwaltung die rechtlichen Voraussetzungen der Tätigkeit der Fürsorgeräte recht bald regeln möge und dass diesen freiwilligen Helfern öfter, als es früher der Fall war, ein äusserer Beweis der Anerkennung gegeben werde.

Rat Simon bespricht die Wünsche der privaten Gärtner und Steinmetze zum Friedhofswesen, worauf Rat Grabner um Fürsorge für Familien ersucht, die, obwohl vielfach kinderreich, oder zumindest mit mehreren Kindern, bei keiner Fürsorgeaktion beteiligt worden.

Obersenatsrat Dr. Maly stellt in seinem Schlusswort in Erwiderung auf die Ausführungen der verschiedenen Redner fest, dass bei der Verteilung von Stipendien die wirtschaftliche Lage massgebend ist, wobei mindestens 40 Prozent derjenigen, denen der Herr Bürgermeister Hoch- und Mittelschulstipendien bewilligt, von Arbeitern und kleinen Angestellten, oft von Arbeitslosen sind. (Bravorufe). Für Spenden für Hauswirtschaft und Berufsausbildung kommen fast ausschliesslich arme Kinder, besonders Kinder aus den Familienasylen in Betracht. Alle Mittel, die Not der Jugend zu lindern, werden freudigst begrüsst. Es handelt sich hier um ein Gebiet, wo alle Menschen zusammen arbeiten können, und wenn alle entsprechende mitarbeiten, so kann das Jahr 1938 uns der Lösung der Frage der Jugendnot viel näher bringen. Vorschläge zur Ehrung für die Fürsorgeräte, deren Verdienste auch vom Redner gerne anerkannt werden, sind bereits in Vorbereitung. (Beifall). Auf dem Gebiete der Fürsorgetätigkeit kommen nur ganz wenige Beschwerden, wenn aber solche ~~einlangen~~ <sup>einlangen</sup>, so werden sie vom Referenten selbst geprüft. (Bravo). Die besondere Fürsorge "Schutz kinderreicher Familien" muss selbstverständlich an gewisse Grenzen gebunden sein, doch werden diese nicht streng eingehalten, sondern auch armen Familien mit weniger Kindern wird geholfen, da die Fürsorgetätigkeit der Stadt Wien nicht bloss vom Standpunkt der Beamtenpflicht aus, sondern aus Liebe zur Sache ausgeübt wird (Beifall).

Zum Bericht des Obersenatsrates David über das Kapitel "Wohnungsamt" spricht zunächst Rat Nathschläger, der auf Grund einer Zuschrift des Mieterbundes an den Bürgermeister feststellt, dass heute nicht nur für Wohnungen, die den Bestimmungen des Mietengesetzes unterliegen, unter allen möglichen Vorwänden bedeutende Ablösebeträge verlangt werden, sondern vielmehr

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

10. Blatt

Wien, am .....

auch Wohnungen, für die eine freie Vereinbarung des Mietzinses zulässig ist, kaum mehr ohne Ablösen zu einigermaßen erschwinglichen Mietzinsen zu haben sind. Gerade diejenigen Wohnungstypen, die für die breitesten Volksteile in Betracht kommen, sind durch Ablösen am stärksten belastet. In weiterer Besprechung des Wiener Wohnungsmarktes verlangt der Redner die Fortführung der öffentlichen Wohnbautätigkeit, sowie die Förderung der privaten Wohnbauwirtschaft, um den Interessen der Bevölkerung in der wichtigen Wohnungsfrage einigermaßen entgegenzukommen. Der Redner verweist auf die hohen Baukosten und verlangt, dass zu mindestens hinsichtlich der Verbilligung der wichtigsten Baumaterialien irgendwie Vorsorge getroffen werde. Fortfahrend verlangt der Redner, dass die Hauptmietzinse, die gegenwärtig eingehoben werden, jeweils im Betrage der drei letzten Jahre zur Deckung von Reparaturen am Bestandsobjekte herangezogen werden und die Mieter berechtigt werden sollen, bezügliche Anträge zu stellen. Darüber hinaus sind wir der Meinung, dass den Mietern zumindest auch ein moralisches Recht zusteht, verlangen zu dürfen, dass wenigstens ein Teil der von ihnen aufgebracht, vielfach von des Lebens Notdurft abgeparten Mietzinsen zur Befruchtung der Volkswirtschaft herangezogen werden. Der Redner tadelt, dass insbesondere ausländische Hausbesitzer sich dadurch auszeichnen, dass sie Objekte, die sie in der Inflationszeit um ein Spottgeld erworben haben, verfallen lassen und erst durch Strafen und administrative Massnahmen zur Durchführung der erteilten Bauaufträge gezwungen werden müssen. Der Redner schliesst mit der Feststellung, dass der Mieterbund nach dem Gewerkschaftsbund die zahlenmässig grösste Interessenvertretung Wiens und bestrebt ist, im Sinne der Staatsführung am Aufbau des Staates und der Wirtschaft mitzuarbeiten.

Rat Werner erklärt, er müsse eine kränkelswerte Bemerkung des Vorredners gegen den konservativen Hausbesitz zurückweisen, sie sei auch ungerecht. Gewiss sei es wohl möglich, dass ein gewisser Kreis von Hausbesitzern nicht ganz einwandfrei vorgehe, aber man dürfe nicht verallgemeinern und alle Hausbesitzer beschuldigen.

Vizebürgermeister Dr. Kresse bemerkt bezüglich der Ausführungen des Rates Nathschläger, dass er als Vorsitzender Pauschalverdächtigungen gegen welchen Kreis immer sie gerichtet sind, zurückweisen müsse.

Damit ist die Spezialdebatte über das Kapitel "Wohnungsamt" beendet. Die Verhandlungen werden in später Nachtstunde abgeschlossen. Fortsetzung Dienstag, 16 Uhr.

## Gleichenfeier auf der Wieden.

Heute fand in Anwesenheit zahlreicher Festgäste beim städtischen Wohnhausneubau Wiedner Hauptstrasse 103 die Hauptgleichenfeier statt. Der Neubau steht an Stelle des alten, bereits niedergerissenen Pfarrhofes von St. Florian, der ein arges Verkehrshindernis war. Das neue vierstöckige Wohnhaus wird 9 Wohnungen enthalten. Bei der Gleichenfeier hielt in Vertretung des Bürgermeisters Vizebürgermeister Waldsam die Festrede, auf die für die Baufirma Ing. Kalman, im Namen der Bologenschaft Bauarbeiter Brauch, ferner Bezirksvorsteher Hofrat Jakob und Pfarrer Prälat Mochtler erwiderten.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XI. Blatt

Wien, am .....

## Anmeldung zum Bezuge einer Schneearbeiter-Karte.

Wie bereits verlautbart, erfolgt heuer die Heranziehung zu den städtischen Schneearbeiten ausschliesslich auf Grund von Schneearbeiter-Karten, die an Fürsorgebuchbesitzer ausgegeben werden. Nach der bereits durchgeführten Anmeldung der Besitzer eines Fürsorgebuches A geht nun der Aufruf an die Inhaber der übrigen Fürsorgebuchkategorien, ihren Anspruch auf den Bezug einer Schneearbeiter-Karte anzumelden.

Personen, die im Besitze eines Fürsorgebuches der Kategorie B, C oder D sind und sich um eine Schneearbeiter-Karte bewerben wollen, haben sich unter Mitnahme ihres Fürsorgebuches und eines Personaldokumentes je nach den Anfangsbuchstaben des Namens an nachstehenden Tagen im Fürsorgeamt ihres Wohnbezirkes jeweils von 15 bis 17 Uhr einzufinden: A bis D am 20. d., E bis G am 21. d., H bis K am 22. d., L bis M am 23. d., N bis Q am 27. d., R bis T am 28. d. und U bis Z am 29. d. Die Bewerber erhalten bei der Anmeldung einen Bezugschein auf eine Schneearbeiter-Karte. Die Karte selbst wird erst zu einem späteren Zeitpunkte gegen Einziehung des Bezugscheines, der daher gut aufzubewahren ist, in den Bezirkskanzleien der städtischen Strassenpflege ausgegeben. Die Heranziehung zu den Schneearbeiten erfolgt nur nach Massgabe des Bedarfes.

Besitzer eines Fürsorgebuches A, die ihre Anmeldefrist versäumt haben, können ihren Anspruch letztmalig am 23. d. von 15 bis 17 Uhr unter Mitnahme der erforderlichen Dokumente im Fürsorgeamt ihres Wohnbezirkes anmelden.

\*

Die Schneearbeiter-Karten werden an jene Inhaber eines Fürsorgebuches A, die durch die Fürsorgeämter in der Zeit vom 6. bis 13. d. Bezugscheine für die Schneearbeiterkarte bereits erhalten haben, am 22. und 23. d. ausgegeben. Die Ausgabestellen und die genaue Ausgabezeit werden bei allen Schneearbeiteraufnahmestellen und Fürsorgeämtern durch Anschlag kundgemacht.

.....

## Meldepflicht des Jahrganges 1920 bei der Einwohnerverzeichnung.

Der Magistrat teilt mit: Nach den Bestimmungen über die Einwohnerverzeichnung sind alle Personen, die das 18. Lebensjahr vollenden, verpflichtet, sich in den ersten drei Monaten des betreffenden Kalenderjahres bei der Einwohnermeldestelle ihrer Wohngemeinde zu melden.

In Wien haben sich in den ersten drei Monaten des Kalenderjahres 1938 alle im Jahre 1920 geborenen, in Wien verzeichneten oder verzeichnungspflichtigen Personen ohne Rücksicht auf Geschlecht und Staatszugehörigkeit beim Besonderen Stadtamt I, Neues Rathaus, Stiege 8, ebener Erde, an Werktagen von 8 Uhr bis 15 Uhr, an Samstagen von 8 Uhr bis 18 Uhr 30 zu melden.

Zur Ermöglichung einer raschen Parteienabfertigung wurde die Entgegennahme der Meldungen nach dem Geburtsmonat der zur Meldung verpflichteten Personen geregelt.

Die für die einzelnen Geburtsmonate festgesetzten Anmeldetermine, die bei der Meldung erforderlichen Personaldokumente, die Ausnahmen von der persönlichen Meldepflicht und die Strafbestimmungen sind aus den an den Amtstafeln der Bezirkshauptmannschaften, Bezirksvertretungen und der Bundespolizeibehörde (Bezirks-Polizeikommissariate, Wachstuben) angeschlagenen Verlautbarungen zu ersehen.

.....